

auch Katholikat, nach sechzig Jahren neu zu gründen. Obwohl Bischof Martirosjan den armenisch-aserbaidshani-schen Konflikt nicht als Religionskrieg bezeichnen will, versucht das Oberhaupt der aserbaidshani-schen Moslems, Mufti *Pascha Sade*, nach wie vor die islamische Welt im Kampf gegen die „christliche armenische Aggression“ zu vereinen. Seine Bemühungen scheiterten jedoch bislang, da vor allem die arabischen Länder und der Iran diesen Krieg nicht als Religionskrieg bewerten. Hinzu kommt, daß Teheran freundschaftliche Beziehungen zu Armenien und Arzach unterhält. Bei seinen Auslandsreisen fordert der Katholikos stets Sicherheitsgarantien für Arzach. Gleichzeitig lehnt er schriftliche Garantieerklärungen ab, da sie zwei Völkermorde in der armenischen Geschichte nicht hätten verhindern können.

Der Protest der Kosovo-Albaner gegen die serbische Herrschaft wird von den Europäern, insbesondere auch von Deutschland, unterstützt. Demgegenüber stößt der Kampf der Arzacher Armenier für ihre religiöse, sprachliche, kulturelle und nationale Selbstbestimmung auf einhellige Ablehnung. Die wesentliche Ursache dieser Haltung ist auf die reichen Erdölvorkommen Aserbaidshans zurückzuführen, die jede Form „christliche Solidarität“ sogleich in nichts auflösen. Die Armenier fühlen sich gegenwärtig in die Zeit des Völkermordes (1915–22) zurückversetzt, in der es in deutschen und österreichischen Zeitungen verboten war, über den Völkermord an den christlichen Armeniern zu berichten, um den Bündnispartner Türkei nicht zu verstimmen. Eine Maxime, die bis heute gilt, schließlich verdrängt der Westen die Unterdrückung der christlichen Kirchen im NATO-Land Türkei.

So hat es die Regierung in Ankara dem ökumenischen Patriarchen *Bartholomäus I.* verboten, ein Priesterseminar zu unterhalten. Erschwerend kommt hinzu, daß die aggressive

Haltung der türkischen Regierung gegenüber den griechischen, assyrischen und armenischen Christen selbst von den westlichen Kirchen nicht kritisiert wird. Daß armenische Kirchen in der Türkei in Moscheen, aber auch in Hotels umgebaut werden, bleibt ebenfalls unerwähnt. Vor diesem Hintergrund fordert der Katholikos die westlichen Freunde Ankaras auf, darauf zu drängen, daß auch die Türkei das Recht der Christen auf Religionsfreiheit anerkennt.

Die armenische Kirche unterhält traditionell enge Beziehungen zur russisch-orthodoxen und zur georgisch-orthodoxen Kirche, ebenso zu den altorientalischen Kirchen der Kopten und Assyrer. Außerdem engagiert sich Etschmiadsin in der ökumenischen Bewegung und demonstriert dort seine Unabhängigkeit gegenüber den orthodoxen Kirchen. Besonders enge Beziehungen entwickelten sich zum Vatikan im Anschluß an den Besuch einer hochrangigen armenischen Kirchendelegation in Rom. Bei dieser Gelegenheit unterzeichneten Johannes Paul II. und Garegin I. eine *Gemeinsame Erklärung*: Darin legten die Oberhäupter beider Kirchen deren tausendfünfhundert Jahre andauernden Streit über die Person Christi bei. Es fanden sich jedoch auch armenische Bischöfe, die Garegin I. wegen dieser Erklärung kritisierten: Sie warfen ihm vor, das Glaubensbekenntnis der armenischen Kirche „verraten“ zu haben. Der Katholikos wiederum bezeichnete seine Kritiker als „Fanatiker“, die er zu bestrafen gedenke. Inzwischen wird der Konflikt von beiden Seiten heruntergespielt.

Zur Zeit bereiten sich die armenische Kirche und Gesellschaft auf das 1700jährige Jubiläum der Anerkennung des Christentums als Staatsreligion vor. Bis zum Gedenkjahr 2001 sollen zahlreiche Kirchen restauriert und in Jerewan eine Kathedrale geweiht werden. Es bleibt zu hoffen, daß nicht nur die Kirchenbauten zunehmen, sondern daß der Glaube der Menschen mit dieser Entwicklung Schritt hält.

Aschot Manutscharjan

Lebendiges Urgestein

Syrien und seine christliche Minderheit

Etwa zehn Prozent der syrischen Bevölkerung sind Christen, aufgespalten in die verschiedenen orthodoxen bzw. altorientalischen Kirchen. Unter der Herrschaft von Staatspräsident Assad, der einer muslimischen Minderheit angehört, hat sich ein Modus vivendi mit dem System und der muslimischen Mehrheit herausgebildet. Die Kirchen sind dem Regime gegenüber loyal und bleiben in ihren inneren Angelegenheiten unbehelligt.

Während Moslebruderschaften der syrischen Regierung das Leben schwer machen und die Kurdenfrage im Norden des Landes ungelöst ist, scheint es den christlichen Minderheiten Syriens gut zu gehen. Staatspräsident *Hafiz Assad* brachte es in den vergangenen Monaten bei verschiedenen

Ansprachen an die Christen auf den Punkt: Ihnen gebühre größter Respekt, denn sie seien in diesem Land ursprünglicher als die Muslime. Deshalb hätten die Christen alle Freiheiten im Staat. Man müsse ihnen keine Rechte geben, denn aufgrund ihrer Ursprünglichkeit besäßen sie diese schon.

„Ein Ideal des Präsidenten, das nicht immer verwirklicht ist“, kann man hingegen von jungen Christen in Damaskus hören.

Noch während der Osmanischen Herrschaft bis Anfang dieses Jahrhunderts erlebten die christlichen Konfessionen jenes tragische Spannungsverhältnis von Akzeptanz und Verfolgung, das dann unter französischem Protektorat überwunden schien. Grundlegend war für die Kirchen wie auch für die verschiedenen Volksgruppen der am 9. September 1936 zwischen Frankreich und Syrien unterzeichnete Vertrag zur Vorbereitung der Unabhängigkeit, der *Minderheitengarantien* vorsah. Trotzdem dauerte es zehn Jahre, bis Syrien in die Unabhängigkeit entlassen wurde; am 17. April 1946 verließen die letzten französischen Truppen das Land. Die neu gewonnene Freiheit entfaltete sich kaum, da Syrien wie viele arabische und nahöstliche Länder keine innenpolitische Stabilität erlangte.

Wechselvolle Entwicklung der letzten Jahrzehnte

Die neue Freiheit wirkte sich in allen Nahoststaaten in der Gründung von Parteien aus. Der Christ *Michel Aflak*, der 1943 zusammen mit *Salah Bitar* die Arabische Sozialistische Baathpartei (Wiedergeburtspartei) in Syrien gründete, versuchte mit seinem Vorstoß eine nationale wie grenzübergreifende Erneuerung sowie die Einheit im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich zu verwirklichen. Zwischen 1949 und 1951 erlebte Syrien dann wegen politischer Instabilität mehrere Staatsstreich; gleichzeitig ermöglichte der Koreakrieg eine wirtschaftliche Blüte.

Die Baathpartei hatte sich im politischen Spektrum Syrien etabliert und im Parlament waren Abgeordnete aller Minderheiten vertreten. Gleichzeitig wuchs aber auch der kommunistische Einfluß. Deshalb drängten die Baathführer auf eine politische Union mit Ägypten, die 1958 in der Ausrufung der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) gipfelte. Auf die Union setzte die Bevölkerung zahlreiche Hoffnungen, aber schon bald führte das hegemoniale Auftreten Kairo zur Pressezensur, wirtschaftlichem Niedergang und der Unterdrückung von ethnischen und religiösen Minderheiten. Jede kirchliche Mission wurde untersagt und per Gesetz die Benutzung von (auch christlichen) Büchern verboten, wenn sie „im Gegensatz zum arabischen Nationalgeist die öffentliche Ordnung und Moral oder Religion und Glauben in Frage stellen“.

Am 30. September 1961 fand das Staatenbündnis mit der Ausrufung der Arabischen Republik Syrien ein Ende. Dennoch blieb der Traum von innenpolitischer Stabilität unerfüllt. Erneute Putschversuche brachten am 8. März 1963 die Baathpartei an die Macht. Sie war bemüht, dem Land Ruhe zu verschaffen, um die angeschlagene Wirtschaft anzukurbeln. Den Christen war jetzt eine freie Entfaltung gestattet, und zunächst konnten die Konfessionen ihre Schulen und sonstigen Einrichtungen wahren.

Wenige Wochen nach dem Putsch beschloß die Regierung erneut ein Bündnis, das diesmal aus Ägypten, Irak und Syrien bestehen sollte. Flügelkämpfe verhinderten die Unionsbestrebungen und bestimmten bald das innenpolitische Leben Syriens, das sich jetzt im Spannungsfeld von panarabischen Einigungsbemühungen und radikalen nationalen Tendenzen abspielte. In dieser Zeit gelang es einzelnen Minderheiten, u. a. den schiitisch ausgerichteten *Alawiten*, politisch Fuß zu fassen. Sozialistische Grundideen zeigten sich in radikalen Verstaatlichungsmaßnahmen der Regierung (trotz mehrerer Agrarreformen waren 1975 aber noch immer rund 85 Prozent des Bodens in privater Hand). Mit einem weiteren Staatsstreich am 23. Februar 1966 setzte sich der radikale Zweig der Baathpartei durch, der das Land in einen sozialistischen Staat umwandelte und sich eng der Sowjetunion anschloß.

Die Radikalität der neuen Revolutionsregierung wurde auch für die Christen im Land spürbar: Nach den relativ ruhigen Jahren zwischen dem Ende der VAR und der neuen Revolution (1961–1966) begann jetzt eine Leidenszeit für die Kirchen. Mit dem Erlaß Nr. 127 vom 9. September 1967 dekretierte das syrische Erziehungsministerium die Enteignung der christlichen Schulen und die alleinige Kontrolle des Erziehungswesens durch den Staat. Eine Protestbewegung fast aller Kirchen (lediglich die syrisch-orthodoxen Christen nahmen nicht teil, obwohl der Erlaß auch sie betraf), angeführt vom griechisch-orthodoxen Patriarchen *Maximos IV.*, forderte die Rückgabe der damals 118 Schulen. Die Regierung setzte Polizei und Militär ein, um die Gebäude gewaltsam zu besetzen, außerdem ordnete sie die Observierung kultureller Gruppen und Katechetenschulen an. Die Repressalien gipfelten in der Weigerung von Beamten, christliche Namen in amtliche Papiere einzutragen. In dieser Situation, die nach außen das Überleben anderer Parteien oder religiöser Minderheiten in Frage stellte, gelang es den Alawiten, aber auch Drusen und Ismaeliten, ihren politischen Einfluß auszubauen.

Mehr als ein Jahr nach der Revolution mußte Syrien mit dem Verlust der Golanhöhen im Sechstagekrieg ein Trauma überwinden, das zu erneuter innenpolitischer Instabilität beitrug. Selbst einige Kirchen fielen in das allgemeine Lamento über die Konsequenzen des Krieges ein. Außerdem hatten sich die Beziehungen zum Irak wesentlich abgekühlt: 1968 kam es in Bagdad zur Revolution, bei der ein – ebenfalls radikaler – Baathzweig die Macht an sich riß, der aber nicht an einer panarabischen Kooperation mit den Syrern interessiert war. Ein christlicher Massenexodus setzte im Irak ein, der u. a. in syrisches Grenzgebiet führte.

Die Regierung in Damaskus konnte den inneren Unruhen im selben Jahr nur mit einem politischen Schachzug begegnen, indem sie Mitglieder des gemäßigten nationalen Flügels in die politische Verantwortung einband. Mit ausgleichenden Elementen wollte man die innere Stärke zurückerlangen, um so geschlossen gegen den alten Feind Israel und den neuen Gegner Irak aufzutreten. Zu den gemäßigten Neuen

zählte auch Verteidigungsminister *Hafiz Assad*, von Hause aus Historiker und Angehöriger der religiösen Minderheit der Alawiten.

Obwohl der Staat in seiner politischen Konsistenz angeschlagen blieb, mischte Syrien seit 1970 an einer dritten Front mit: In Jordanien förderte die Damaszener Regierung aufständische Palästinenser, um König Hussein zu stürzen. Die Panzerverbände, die bereits jordanisches Territorium überschritten hatten, mußten auf Vermittlung der Sowjetunion zurückgezogen werden. Eine Reihe innenpolitischer Verwicklungen, die zum schwachen äußeren Auftreten Syriens hinzutraten, führten zu einem weiteren Machtkampf. Diesen konnte Hafiz Assad gegen den amtierenden Diktator *Nur ad-Din* für sich entscheiden: Am 13. November 1970 übernahm er die Regierungsgeschäfte; die linke Führung der Baathpartei wurde verhaftet. Ein gesetzgebendes Gremium verfügte die Verfassungsklausel, nach der der Präsident islamischen Glaubens sein muß. Assad selbst sorgte für die Tilgung der Formulierung, daß der Präsident „dem Islam sunnitischer Richtung angehören“ müsse. Schwere Unruhen in Homs und Hama, den sunnitischen Hochburgen des Landes, wurden innenpolitisch „korrigiert“, wie es in Regierungsdokumenten heißt.

Der Islam ist nicht Staatsreligion

Am 30. Januar 1973 verabschiedete der Volksrat eine *Verfassung*, die Syrien als „demokratisch-sozialistisch-souveränen Volksstaat“ und präsidentiale Republik bezeichnet. Die Verfassung erkennt keine nationalen Minderheiten an, gewährt aber nach § 35 allen Bürgern Glaubensfreiheit. In Syrien ist der Islam nicht Staatsreligion; nach § 3 der Verfassung sind alle Bürger vor dem Gesetz gleich. Allerdings wird deutlich betont, daß die islamische Rechtslehre eine Hauptquelle der Gesetzgebung sei. Die damit gegebenen Probleme für andere Religionsgemeinschaften versucht man zu überbrücken, indem jede von ihnen ein eigenes Personalstatut hat, durch das eine zivilrechtliche Jurisdiktion im Familien- und Personalbereich ausgeübt werden kann. Den Christen ist es nicht untersagt, sich in der Politik zu engagieren. In der Mitte der 70er Jahre waren z. B. von elf Ministern fünf Christen. Die Bevölkerungsstatistik führt die Zahlen der Religionsgemeinschaften auf, allerdings gibt es keine Angaben über die nichtarabischen nationalen Volksgruppen, zu denen die Armenier, Assyrer, Kurden, Tscherkessen und Turkmenen zählen.

Ein Jahr nach der Ausrufung zum Präsidenten gelang es Assad, einen Zusammenschluß der Baathpartei mit anderen kooperationswilligen Gruppen im Land zu erreichen: Bei den Wahlen 1974 zum Volksrat gewann die neugeschaffene Nationale Progressive Front 140 der 186 Sitze. Zum Vergleich: 1994 entfielen von den insgesamt 250 Sitzen 167 auf die Nationale Front (davon 135 für die Baathpartei, der Rest auf fünf weitere Parteien) und 83 auf unabhängige Kandidaten. Das Parlament, das alle vier Jahre gewählt wird, aber

ohne den Präsidenten handlungsunfähig bleibt, ist nahezu paritätisch in Sitze für Bauern und Arbeiter (1996: 127 Sitze) und Angehörige anderer Berufsgruppen (123 Sitze) aufgeteilt.

Auch nahezu 30 Jahre nach seiner Machtübernahme ist Hafiz Assad daran gelegen, die Minderheiten zu schützen. Offizielle Zahlen sind von der Regierung kaum zu bekommen, und statistische Angaben gelten in Syrien grundsätzlich als unzuverlässig, da nie genau bekannt ist, ob Kurden oder Palästinenser (1996: 347 000) mitgezählt werden. Von den fast 14 Millionen Einwohnern (1997; 1960: 4,6 Mio, 1977: 8,7 Mio) bekennen sich 90 Prozent zum Islam. Von ihnen sind wiederum 80 Prozent Sunniten, die Alawiten machen sieben Prozent aus. Zum Christentum zählen rund neun Prozent der Bevölkerung, zur jüdischen Gemeinschaft gehören weniger als 5000 Mitglieder, seitdem die Regierung 1993 die Ausreise von Juden offiziell erlaubt hat.

In Syrien gilt das Prinzip: Die regierende Minderheit garantiert den Schutz der anderen Minderheiten vor der Mehrheit. Das bedeutet nicht, daß die sunnitische Mehrheit von der Politik ausgeschlossen wäre. Wenn diese die Minderheitenpolitik toleriert, erhält sie dafür im Gegenzug wesentlich größere – vor allem wirtschaftliche – Freiheiten als in anderen arabischen Ländern. In Syrien nennt man das die Politik des nationalen bzw. großen Konsenses, und der Syrer in der Stadt oder auf dem Land wird nicht müde, die „wise leadership“ Assads zu loben.

Wise leadership ist im Sinne des Präsidenten allerdings nur zu verwirklichen, wenn die innere Sicherheit garantiert ist. Mit einem angstverbreitenden System sollen radikale Gruppen eingeschüchtert werden, insbesondere Moslembroderschaften. Als die Moslembroderschaften 1982 in Hama gegen die Regierung in Damaskus aufbehrten und ein regelrechter Krieg geführt wurde, war das der dramatischste Moment syrischer Geschichte, der heute in den Schulen entweder verschwiegen oder als konterrevolutionäre Tendenz „nichtwissender Schundlappen“ bezeichnet wird. Über die Zahl der Todesopfer von 1982 gibt es kaum verlässliche Angaben. Assad ließ schwerste Waffen gegen Hama einsetzen, so daß eine Zahl von bis zu 10 000 Opfern nicht übertrieben ist. Weit wichtiger war es für die Regierung unmittelbar nach dem Ereignis, im ganzen Land Verhaftungen vorzunehmen, da durch Stammesabhängigkeiten und Clans sichergestellt werden konnte, in weitverzweigten Familien immer wieder einen Moslembroder aufzustöbern.

Zur Vermeidung innerer Krisen möchte Assad schon die Jugend in den Griff bekommen. Die Regierung hat sich deshalb – über die Jahre seit der letzten Revolution hinweg – die Schule zum eigenen Bereich erklärt, so daß sie den Erziehungs- und Bildungsbereich weitgehend alleine kontrolliert. Die christlichen Schulen können zwar wieder selbständig arbeiten, von der Regierung werden jedoch keine Lizenzen zu Neugründungen an die Kirchen vergeben. Kirchenführer sehen darin den konsequenten Vollzug der Revolution, die nur gelingen könne, wenn die Regierung selbst das Bildungswesen in der Hand halte.

Das Bemühen um innere Sicherheit wird in Syrien mit einem wohldurchdachten Instrumentarium des Terrors umgesetzt. Schwere Menschenrechtsverletzungen – und das berichtet nicht nur Amnesty International – sind ein tägliches Problem. Opfer können heute meistens nur im Ausland aufgesucht werden, in der Bevölkerung sind die Geheimdienst- und Foltermethoden bekannt. Wie viele Geheimdienste es in Syrien tatsächlich sind, weiß niemand genau. Amnesty vermutet zwölf oder 13, deren hauptsächliche Schwierigkeit die gegenseitige Rivalität ist. Sie zählen in Syrien zu einem gezielt abgestimmten Instrumentarium von Terror, das vom manischen Sicherheitsbewußtsein der Regierung Assads geprägt wird. Der Taxifahrer, der Passanten in die unmittelbare Nähe der Damaszener Stadtwohnung des Präsidenten fahren muß, läßt die Kundschaft lieber ein paar hundert Meter vor der sogenannten „Sicherheitszone“ aussteigen, da er keinen Kontakt mit den dezent gekleideten, aber auffällig postierten Geheimdienstbeamten im Umfeld der Wohnung Assads haben möchte.

Politisches Engagement von Christen ist eine Gratwanderung

Die Gefängnisse mit ihrer katastrophalen und entwürdigenden Einrichtung sind überfüllt. Körperliche Mißhandlung, das Verprügeln bei Gerichtsprozessen und Nahrungsentzug gehören zu den üblichen Methoden. Tragischer wird es bei der harten Folter. Mit gnadenloser Gewaltanwendung, Elektroschocks und Einschüchterungskampagnen – besonders im familiären und verwandtschaftlichen Umfeld von Gefangenen – versucht der Staat Geständnisse zu erpressen, es geht um das Brechen von Menschen. Die Schicksale in Syrien sind kaum dokumentiert, und auch den Kirchen fällt es schwer, Zugang zu Opfern oder Familien zu bekommen.

Kooperation mit dem Regime und politisches Engagement – besonders in Friedensfragen – bleiben für die syrischen Christen eine Gratwanderung. Kirchenvertreter sind sich ihrer moralischen Pflicht bewußt, auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen. Anonym bleiben wollende Kirchenkreise betonen deshalb auch in jüngster Zeit, sie versuchten, mit schriftlichen Eingaben die Regierung zum Einlenken zu bewegen. Als „politics of silence“ bezeichnen Kirchenleute gerne ihr Wirken im Hintergrund – zum Wohle der Betroffenen, aber auch – wer könnte es ihnen verdenken – zu einem guten Teil aus Selbstschutz. Grundsätzlich gilt für die Christen in Syrien, daß sie in einer nahezu uneingeschränkten Loyalität zum Präsidenten leben, so daß Fotografien Assads an Kirchenwänden und Büroräumen nichts Ungewöhnliches sind.

Loyalität gilt es aber auch gegenüber dem möglichen Nachfolger Assads zu zeigen: Nachdem der ältere Sohn Basil im Januar 1994 bei einem Autounfall tödlich verunglückte, wird jetzt der zweite Sohn Baschar „aufgebaut“. Der blasse Mediziner Baschar konnte allerdings noch nicht einmal eine mi-

litärische Karriere nachweisen und wird deshalb in Schnellkursen zu motivieren versucht. Schon jetzt mehren sich die Zweifel daran, ob er in der Lage sein werde, das Land mit seinen starken Untergrundkräften zu führen. Diese versuchen das Bild erneut zu bestimmen, zur Sorge vieler Christen, da sie ihr ruhiges Minderheitendasein in Gefahr sehen. Der vor wenigen Jahren eingeleitete Dialog zwischen radikalen muslimischen Kräften und der Regierung gilt als gescheitert. Der Taktiker Assad unternahm bereits zu Beginn des vergangenen Jahres den Versuch, mit einer Umarmungsaktion die muslimischen Parteien zu integrieren, aber das Angebot wurde ausgeschlagen.

Für Assad sind die Christen deshalb eine wichtige Stütze. „In Syrien sind die Christen frei“, erklärt der griechisch-orthodoxe Erzbischof von Damaskus, *Georg Abu Zachem*. Und diese Freiheit gelte es zu nutzen. Auch wenn sich nicht von politischer Freiheit sprechen läßt, so wird zumindest Loyalität zum System erwartet. Das Handeln der Christen kann und darf nicht gegen den Staat gerichtet sein, umgekehrt ist Gewaltanwendung gegenüber Christen seit Assads Machtübernahme unvorstellbar. Übergriffe sind nur in wenigen Ausnahmefällen bekannt. Neben den panarabischen Tendenzen aus den 50er und 60er Jahren gelten die Kirchen als Garant der nationalen Einheit: Trotz ihres grenzübergreifenden Einflußgebietes mahnen die Patriarchen aller Konfessionen die Unterstützung des Präsidenten bei ihren Gläubigen an. Aber – so meinten zwei Bischöfe – trotz der politischen Stabilität bleibe die Regierung unfähig, die sozialistischen Elemente zu überwinden und das kürzlich nachzuholen, was inzwischen in Mittel- und Osteuropa geschehen sei.

Bei den Christen Syriens macht sich allerdings auch ein grundsätzliches Problem breit, das mehrere Länder des Nahen Ostens betrifft: Der schleichende christliche Exodus ist kaum zu stoppen, da wirtschaftliche Anreize im Ausland die Abwanderung fördern. Bereits 1973 wurde Syrien von einer Massenauswanderung von Christen heimgesucht, wahrscheinlich aufgrund der zunächst unklaren politischen Lage und den Grenzkonflikten mit Israel. Während derzeit eine überdurchschnittliche Auswanderungsquote mit einer unterdurchschnittlichen Geburtenzahl Hand in Hand geht und das Christentum in Syrien so unter schwindendem Einfluß leidet, gelingt es den Kirchen, einander näher zu rücken und der Ökumene neue Impulse zu verleihen. Man ist zum Kompromiß bereit, allerdings ohne seine eigene Identität aufzugeben. Erzbischof Abu Zachem betont, daß friedliche Koexistenz unter den Konfessionen, aber auch mit den Muslimen not tue: „Wir brauchen eine Ökumene des Herzens.“ Dabei geht es weniger um die Bewältigung theologischer Fachfragen als um eine Lösung der Probleme des Alltags. Hier nähern sich Christen und Muslime in Syrien an. Das gegenseitige Verhältnis bezeichnen Kirchenführer als gut, man respektiere sich und könne voneinander lernen, erklärte ein melkitischer Priester.

Die heute rund 1,26 Millionen Christen in Syrien verteilen sich auf alle orientalischen Konfessionen. Am stärksten vertreten sind nach wie vor die griechisch-orthodoxen Christen

mit 810 000 Gläubigen. Ihr Oberhaupt *Ignatius IV. Hakim* warnt allerdings vor zu großen Erwartungen; die Hoffnung und das Vertrauen würden alle Christen miteinander verbinden. Ähnlich sieht es der Patriarch der syrisch-orthodoxen Kirche (160000 Mitglieder) *Ignatius Zakka I. Iwas*. Jede Konfession habe ihre eigene Tradition, aber man sei so etwas wie lebendiges Urgestein in Syrien: „Wir werden respektiert, aber wir müssen auch untereinander und mit dem Staat zusammenarbeiten.“ Größere Gruppen machen in Syrien ferner die armenisch-orthodoxen Christen aus (120000), aber auch Melkiten (80000), armenisch-katholische und syrisch-katholische Gläubige (15000 bzw. 20000), einige Lateiner, Maroniten (10000) und evangelische Christen prägen das Bild.

Die Patriarchen und Bischöfe sind häufig im Libanon oder dem Irak geboren. Durch Flüchtlingsbewegungen oder Synodenwahl haben sie den Weg nach Syrien gefunden, wo es besonders im Euphratgebiet noch Gemeinschaften der chaldäischen Kirche gibt (rund 7000 insgesamt in Syrien, im Irak allein 180000). Die einst verfolgte assyrische Kirche des Ostens zählt heute in Syrien noch knappe 30000 Mitglieder (im Irak rund 80000). So gut wie alle Konfessionen finden sich in Damaskus und Aleppo; aber auch in anderen größeren syrischen Städten sind Pfarrbezirke oder Bischofssitze eingerichtet. Allein in Aleppo sind elf Konfessionen vertreten, davon neun mit einem eigenen Bischof. Hier ist unter anderem auch die kleine Minderheit der „National Evangelical Synod of Syria and Lebanon“ angesiedelt.

Die Kirchen haben das Recht auf Eigentum ebenso wie auf die Verbreitung publizistischer Erzeugnisse, die sich auf kirchliche Fragen beschränken. Finanziell sind die Konfessionen auf Beiträge ihrer Mitglieder angewiesen, darüber hinaus versuchen sich die Kirchen im Bildungs- und Erziehungsbereich und in der Bereitstellung einer medizinischen Grundversorgung zu engagieren. Kleinere Krankenhäuser sind genauso in christlicher Hand wie Sozialeinrichtungen, Behinderten- und Pflegeheime. Den Caritaseinrichtungen auf katholischer Seite kommt dabei eine bis heute unverzichtbare Aufgabe zu.

Um die religiöse Erziehung zu sichern, halten die Kirchen Sonntagsschulen ab, außerdem versuchen die christlichen Minderheiten ihre jeweilige Tradition mit dem Anspruch zu vermitteln, auch andere Traditionen zu verstehen und als ergänzende Elemente anzuerkennen. Durch Bibelgespräche, Glaubensunterweisung und eine gezielte Jugendarbeit haben die Kirchen in den vergangenen zehn Jahren einen neuen Zulauf bekommen. Häufig suchen Jugendliche gerade bei der Kirche grundlegende Werte und Zukunftsperspektiven, die der sozialistische Staatsapparat nicht ohne politische Einseitigkeiten vermitteln kann. Es wird deshalb gerade Aufgabe der Kirchen sein, künftig für eine intellektuelle und politisch denkende Schicht in der Bevölkerung Sorge zu tragen, die auch nach Assad die christlichen Minderheitenanliegen zu artikulieren vermag.

Matthias Kopp

Kurzinformationen

Vorbereitungsdokument für die zweite Europasynode

Mit der Veröffentlichung der „Lineamenta“ (vgl. den Text in: *Osservatore Romano*, 30./31.3.98) hat der offizielle Vorbereitungsprozeß für die zweite Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa begonnen. Die erste Europasynode fand Ende 1991 statt (vgl. HK, Februar 1992, 65 ff.). Eine zweite wurde von Johannes Paul II. bei seinem Deutschlandbesuch im Juni 1996 im Berliner Olympiastadion angekündigt und wird 1999 als letzte in der Reihe der kontinentalen Bischofssynoden vor dem Jubiläumsjahr 2000 abgehalten. Die „Lineamenta“ stehen unter der Überschrift „Jesus Christus, lebendig in seiner Kirche, Quelle der Hoffnung für Europa“, die vermutlich auch das Synodemotto abgeben wird.

Der Text befaßt sich in einem ersten Teil mit der geistigen Situation Europas vor der Jahrtausendwende und zeichnet dabei ein eher düsteres Bild: So heißt es z. B., im Westen wie im Osten Europas verbreiteten sich die „Übel eines oft von den Werten der Person und des Geistes losgelösten menschlichen Fortschritts“. Es sei in Europa das Bemühen wahrzunehmen, den Bezug auf den christlichen Glauben als Fundament und Ursprung der europäischen Kultur und ihrer Einheit zu eliminieren. Der zweite Teil des Vorbereitungsdokuments handelt von Jesus Christus als dem in seiner Kirche Lebendigen, der dritte von Jesus Christus als Quelle der Hoffnung. Dabei wird sehr stark das Evangelium von Jesus Christus als die wahre Antwort auf die Fragen und Unsicherheiten im heutigen Europa herausgestellt. Die Kirche habe einen Dienst an den eu-

ropäischen Völkern auszurichten, „die nach den sozialen und politischen Enttäuschungen, angesichts der Ausbreitung des Liberalismus und des Ökonomismus sowie auch des Verlusts der Hoffnung und des Sinns für die Tradition am Ende des zweiten Jahrtausends die Verkündigung des Evangeliums von der Erlösung brauchen“. Den „Lineamenta“ ist neben einschlägigen Äußerungen Johannes Pauls II. aus den letzten Jahren zum Thema Europa eine Liste von Fragen beigefügt, die den Bischofskonferenzen als Leitfaden für ihre Stellungnahmen zur Synodenvorbereitung dienen sollen. Bis zum 1. November dieses Jahres sollen die Stellungnahmen beim Synodensekretariat eingehen. Es wird empfohlen, in den Bistümern Europas die „Lineamenta“ zu verbreiten und zu diskutieren, um so möglichst repräsentative Antworten zu erzielen.